

## 6.15 Hessen heißt Flüchtlinge willkommen – aktiv für Menschenrechte und Integration!

AntragstellerIn: Landesvorstand, Landtagsfraktion

Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Status: Zurückgezogen

### Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

1 Millionen Menschen sind aktuell auf der Flucht vor Krieg, Leid, Verfolgung und Hunger. Viele  
2 davon sind Kinder. Die Bilder und Berichte in den Medien von Menschen auf der Flucht bewegen  
3 uns GRÜNE zutiefst. Sie erinnern uns erneut daran, dass gerade der wohlhabende Teil der Welt in  
4 der Verantwortung steht, diesen Menschen eine neue Heimat zu eröffnen – auch weil viele der  
5 Konflikte auf dieser Welt mit der ungleichen Verteilung von Reichtum und Armut, der Art unserer  
6 weltweiten Wirtschaftsweise oder unserem Handeln oder teilweise Nicht-Handeln in diesen Ländern  
7 zu tun haben.

8 Auch in Hessen kommen Flüchtlinge aus aller Welt an, in den letzten Wochen besonders viele. Der  
9 Anteil derer, die vor Krieg und Gewalt fliehen, hat sich deutlich erhöht. Waren es 2013 noch  
10 8.688 Flüchtlinge, die nach Hessen kamen, so waren es von Januar bis Juli 2015 bereits 22.708  
11 Menschen. Insgesamt werden im Jahr 2015 derzeit 58.000 Asylsuchende erwartet. Die Situation für  
12 diese Menschen ist angespannt, ihnen muss sofortige Hilfe zuteil werden. Aber auch für die  
13 Akteure, die sich in den Erstaufnahmeeinrichtungen und in den aufnehmenden Gemeinden und  
14 Kreisen engagieren, ist die aktuelle Situation sehr fordernd.

15 Wir wollen, dass die hier ankommenden Menschen in Hessen willkommen geheißen werden.  
16 Menschen,  
17 die vor Verfolgung, Krieg und Terror fliehen mussten, müssen zügig anerkannt werden. Wir  
18 wollen, dass diese Menschen gut und sicher leben können und dass sie eine Perspektive für ihr  
19 weiteres Leben entwickeln können. Wir wissen, dass viele dieser Menschen hier bleiben werden  
20 und wir begreifen dies auch als Chance für unser Land.

21 Es kommen auch Menschen hierher, die in ihrem Land aufgrund der ökonomischen Situation keine  
22 Perspektive für sich und ihre Familien mehr sehen. Auch sie versuchen aus individuell  
23 verständlichen Gründen Asyl zu erhalten, weil ihnen kein anderer legaler Zuwanderungsweg nach  
24 Mitteleuropa zur Verfügung steht. Auch wenn nicht alle Asylsuchenden auch einen Asylanspruch  
25 haben ist für uns elementar, dass alle ein Recht darauf haben, menschenwürdig behandelt zu  
26 werden. Eine Perspektive für diese Personengruppe liegt insbesondere in der sozialen und  
27 wirtschaftlichen Verbesserung in ihren Herkunftsländern – für die auch Deutschland und Europa  
28 Verantwortung tragen, sowie in einem für Deutschland überfälligen Einwanderungsgesetz.

29 In der aktuellen Situation sind alle Ebenen und Akteure gefragt, da anzupacken, wo Hilfe  
30 benötigt wird. Auch das Land Hessen muss weiterhin zeigen, dass alles getan wird, um den  
31 Schutzsuchenden die Hilfe zu geben, die sie benötigen.

32 Wir legen besonderen Wert darauf, dass die Ausländerbehörden bei der Vollstreckung der  
33 Ausreisepflicht jeden Einzelfall dahingehend sensibel überprüfen, ob Abschiebungshindernisse  
34 vorliegen oder eine vorübergehende Aussetzung der Abschiebung geboten erscheint. Dabei ist  
35 insbesondere die jüngste Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR)  
36 und des Bundesverfassungsgerichts, wonach vonseiten des aufnehmenden Landes eine Zusicherung  
37 für eine menschenwürdige und damit winterfeste Unterkunft vorliegen muss – insbesondere für  
38 schutzbedürftige Gruppen (beispielsweise Familien mit Kindern unter 16 Jahren und Schwangere) –  
zu beachten.

39 Die große Aufnahme- und Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung, das große Engagement vieler  
40 freiwilliger Helferinnen und Helfer der Hilfsorganisationen sowie vieler weiterer  
41 Ehrenamtlicher, der enorme Einsatz der zuständigen Behörden, die vielen Projekte und  
42 Hilfsaktionen sind ein eindrucksvolles Zeichen der vorherrschenden Willkommenskultur. Wir sind  
43 dankbar für das, was bereits geleistet wurde und wollen diesen Einsatz weiterhin stärken und  
44 unterstützen. Der vom Landesverband für den 10. Oktober organisierte Flüchtlingskongress in  
45 Wetzlar ist ein Schritt auf dem Weg zu einer Vertiefung des Dialogs und Stärkung der Vernetzung  
46 von Ehrenamtlichen, Geflüchteten, Initiativen, Unternehmen, Vereinen, Verbänden und  
47 Interessierten.

48 Für uns ist klar: Diese Aufgabe stellt das Land und die Kommunen vor gigantische  
49 Herausforderungen. Aber es besteht kein Zweifel, dass wir den Menschen die bestmögliche  
50 Aufnahme, Versorgung und Integration ermöglichen. Denn die meisten von denen, die bei uns  
51 Schutz suchen, werden auch hier bleiben.

52 Deshalb gilt es, als Land Hessen, in den Kommunen und durch bürgerschaftliches Engagement  
53 konsequent und nachhaltig alles zu tun, damit diesen Menschen die Ankunft und der Verbleib in  
54 Hessen würdig und rasch ermöglicht wird.

55 Wir begrüßen, dass die Landesregierung große Anstrengungen für eine möglichst gute  
56 Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge unternimmt und bereits eine Fülle zusätzlicher  
57 Maßnahmen ergriffen hat:

- 58 • Damit die hier ankommenden Menschen eine menschenwürdige Unterkunft finden, hat das Land

59 Hessen zusätzlich zur Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen insgesamt 21 weitere  
60 Erstaufnahmeeinrichtungen und Außenstellen eröffnet. Die Zahl von 6.000  
61 Erstaufnahmeplätzen, die bis Anfang 2015 eingerichtet wurden, wurde damit in den letzten  
62 Monaten mehr als verdoppelt, um der Vielzahl Hilfesuchender gerecht zu werden. Bis  
63 Jahresende sollen 19.000 Erstaufnahmeplätze eingerichtet werden. Eine vorübergehende  
64 Unterbringung in Zelten war bei den derzeitigen hohen Zugangszahlen innerhalb eines sehr  
65 kurzen Zeitraums leider unumgänglich. Es müssen jetzt alle Möglichkeiten genutzt werden,  
66 um dies nicht dauerhaft nötig zu machen – insbesondere nicht im Winter. In den  
67 Erstaufnahmeeinrichtungen werden die dort ankommenden Flüchtlinge medizinisch versorgt  
68 und können ihren Asylantrag stellen. Angesichts weiter steigender Flüchtlingszahlen hat  
69 das Land im kommenden Jahr 630 Millionen Euro für die Versorgung und Unterbringung von  
70 Geflüchteten in den Entwurf des Landeshaushalts eingestellt – trotz Schuldenbremse. Schon  
71 jetzt zeichnet sich ab, dass diese Summe in den Haushaltsberatungen weiter erhöht werden  
72 muss.

- 73 • Die Gebietskörperschaften erhalten seit Anfang 2015 eine um 15 Prozent erhöhte  
74 Geldzuweisung für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung jedes Flüchtlings. Im Laufe  
75 dieses Jahres will sich das Land mit den Kommunen auf eine weitere Anpassung der  
76 Pauschalen verständigen.

- 77 • Die bereits zur Verfügung gestellten Bundesmittel zur Unterbringung und Versorgung von  
78 Flüchtlingen werden vom Land eins zu eins an die Landkreise und kreisfreien Städte  
79 weitergegeben. Die Kommunen erhalten somit zusätzliche 36,9 Millionen Euro für die  
80 Unterbringung und Versorgung vor Ort.

- 81 • Frauen und Kinder sind leider besonders häufig von sexualisierter oder  
82 geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen. Auch auf der Flucht erleiden sie Missbrauch und  
83 Vergewaltigung. Um ihnen Ruhe und besonderen Schutz zu gewährleisten, wurden in Darmstadt

- 84 350 Plätze nur für Frauen und Kinder reserviert. Auch in den Außenstellen Wetzlar,  
85 Marburg und Limburg gibt es eine gesonderte Unterbringung nur für Frauen.
- 86 • In Hessen kommen im Bundesvergleich besonders viele minderjährige Jugendliche an, die  
87 ohne ihre Eltern auf der Flucht sind. Sie erfahren hier besondere Fürsorge und werden in  
88 eigenen Einrichtungen pädagogisch und sozial betreut. In Jugendhilfeeinrichtungen in den  
89 Kommunen wird ihnen eine auf ihre individuelle Lage zugeschnittene Hilfeleistung zuteil.  
90 Mit dem Landesprogramm InteA erhalten nun auch junge Menschen ab 16 Jahren, die nicht  
91 mehr der Schulpflicht unterliegen, eine Chance auf Bildung und die Möglichkeit, einen  
92 Schulabschluss zu machen.
  - 93 • Für Frauen und Kinder aus dem Nordirak und Syrien, die Opfer geschlechtsspezifischer oder  
94 sexueller Gewalt geworden sind, prüft die Landesregierung, wie sie das bereits bestehende  
95 Sonderkontingent des Landes Baden-Württemberg erweitern kann. So sollen die betroffenen  
96 Frauen und Kinder direkt nach Hessen kommen, um hier Schutz und Hilfe zu finden.
  - 97 • Durch die GRÜNE Regierungsbeteiligung wurde es geflüchteten Menschen, die keine  
98 gesicherte Aufenthaltsgenehmigung bekommen und sich in einer besonders schwierigen Lage  
99 befinden, leichter gemacht, einen Härtefall zu beantragen. Mit der Reform der  
100 Härtefallkommission können nun auch Menschen, die aufgrund von Alter, Krankheit,  
101 Behinderung oder aus familiären Gründen nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt  
102 selbst zu finanzieren, als Härtefälle anerkannt werden. Dafür braucht es nunmehr nur noch  
103 eine einfache Mehrheit in der Härtefallkommission.
  - 104 • Im Oktober und Dezember diesen Jahres wird von der Landesregierung ein Asylkonvent  
105 einberufen. Hier sollen die dringenden Fragen der Flüchtlingspolitik und die  
106 Integrationspolitik des Landes gemeinsam mit Verbänden und Experten diskutiert werden.  
107 Dies ist auch eine Weiterführung der Gespräche der im Februar 2015 von der  
108 Landesregierung einberufenen Asylkonferenz.
  - 109 • Im Rahmen des kommunalen Investitionsprogramms wird ergänzend zu den vorhandenen  
110 Programmen ein zusätzliches Wohnungsprogramm mit einem Volumen von 230 Millionen Euro  
111 aufgelegt, um für Menschen mit geringem Einkommen und Flüchtlinge zusätzlichen  
112 bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.
- 113 Wir wollen allen hier ankommenden Menschen mit Offenheit, Mitgefühl und Solidarität begegnen.  
114 Der menschenwürdige Umgang mit Schutzsuchenden ist und bleibt Leitfaden unserer Asyl- und  
115 Flüchtlingspolitik. Dies ist angesichts der Herausforderungen für einen menschenwürdigen Umgang  
116 mit geflüchteten Menschen nur ein Anfang, weitere Schritte müssen folgen.
- 117 Der Willkommenskultur muss die Integrationskultur folgen. Die Flüchtlinge, die auf absehbare  
118 Zeit oder für immer hier bleiben, brauchen schnellen Zugang zu Sprach- und Integrationskursen  
119 sowie zum Arbeitsmarkt.

120 Die GRÜNEN Hessen setzen sich deshalb weiterhin u.a. für Folgendes ein:

- 121 • Den Ausbau der Unterstützungsangebote für Flüchtlingskinder an unseren Schulen
- 122 • die aktive Umsetzung der EU-Richtlinie für besonders Schutzbedürftige (Kranke, Alte,  
123 Traumatisierte, Menschen mit Behinderung);
- 124 • die Evaluierung des Landesaufnahmegesetzes und Anpassung an bundespolitische  
125 Neuregelungen;
- 126 • die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Erstaufnahme mit Ärzteteams und so weit  
127 möglich psychologischer Betreuung der Flüchtlinge.
- 128 • Nach der Erstversorgung sollen eine dauerhafte Perspektive und eine Integration in die  
129 Gesellschaft schnellstmöglich sichergestellt werden. Deshalb sollen Programme zum Erwerb  
130 von Sprache und Qualifikationen sowie zur Integration in den Arbeitsmarkt für diese  
131 Zielgruppe verstärkt, fokussiert und genutzt werden.
- 132 • Die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sollen bei ihrer Arbeit unterstützt und  
133 koordiniert werden.
- 134 • Wir setzen uns für eine bundesweite Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge ein  
135 und werden gleichzeitig landespolitische Handlungsmöglichkeiten nutzen. Hier ist  
136 Nordrhein-Westfalen als erstes Flächenland mit der Gesundheitskarte für Flüchtlinge  
137 bundespolitisch Vorbild – hieran sollten wir uns orientieren, um die  
138 Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge zu verbessern.
- 139 • Für erwachsene Flüchtlinge sollen in den Kommunen beispielsweise über die  
140 Volkshochschulen Sprachkurse angeboten werden.
- 141 • Um die schulische und berufliche Integration zu erleichtern, sollen möglichst früh die  
142 Qualifikationen von Flüchtlingen abgefragt werden.
- 143 • Stärkung der psychotraumatischen Hilfen für Flüchtlinge .

144 Von der Bundesregierung erwarten wir:

- 145 • Strukturelle und dauerhafte finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten der  
146 Flüchtlingsunterbringung: Es kann nicht sein, dass der Bund bei steigenden  
147 Flüchtlingszahlen nur feste Beträge anbietet. Auch die Mitarbeiterzahlen des Bundesamts  
148 für Migration und Flucht müssen endlich kontinuierlich an die aktuellen Entwicklungen  
149 angepasst werden.
- 150 • Klare Zusagen des Bundes bei den Sprach- und Integrationskursen: Der Willkommenskultur  
151 muss die Integrationskultur folgen. Viele Flüchtlinge werden lange oder für immer in

- 152 unserem Land bleiben. Sie brauchen Unterstützung beim Lernen unserer Sprache und beim  
153 Zurechtfinden in einem neuen, ihnen bislang fremden Land.
- 154 • Erleichterter Arbeitsmarktzugang: Es ist widersinnig, Fachkräftemangel zu haben, und das  
155 Potenzial von qualifizierten Flüchtlingen mit Bleibeperspektive nicht möglichst  
156 frühzeitig zu nutzen und zu fördern
  - 157 • Einwanderungsgesetz: Jenseits des Asylrechts braucht es klare und legale Wege zur  
158 Einwanderung in unser Land.
  - 159 • populistischen Tendenzen zu widerstehen: Sprüche, ideologische Debatten oder  
160 Scheinlösungen helfen niemanden. So atmet der bekanntgewordene Referentenentwurf der  
161 Bundesregierung zur Änderung des Asylrechts den Geist von Aktionismus, Sanktion und  
162 Repression, statt die Länder und Kommunen bei ihren Aufgaben ausreichend zu unterstützen.  
163 Auch löst die Debatte um eine Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten kein einziges real  
164 vorhandenes Problem. Weder hat die bisherige Ausweitung die Zuwanderung aus den Balkan-  
165 Ländern gestoppt, noch ist das Asylrecht das richtige Instrument, um die  
166 Perspektivlosigkeit vieler Menschen in diesen Ländern zu ändern.